



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt



Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

Verhandlungen gescheitert

Arbeitgeber rufen Schlichtung an

Die Arbeitgeber lassen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen scheitern und rufen die Schlichtung an. In einem viertägigen Verhandlungsmarathon ist es nicht gelungen, sich zu unseren zentralen Forderungen ausreichend anzunähern.

Bis Oktober wollen sie Nullmonate. Dann bieten sie Prozenze, die noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen und alles mit einer Laufzeit von 36 Monaten. Sie verweigern einen Mindestbetrag als soziale Komponente für die unteren Entgeltgruppen. Und das, obwohl die Preise, insbesondere bei Lebensmitteln und Mieten, weiterhin hoch sind und steigen. Wir wollen mehr Geld, mehr Zeit und mehr Entscheidung.

Arbeitgeber-Angebot - eine Provokation

Nicht nur, dass wir lange auf das erste Angebot warten mussten, liegt dieses weit hinter unseren Erwartungen. Trotzdem waren und sind wir verhandlungsbereit. Wir haben neue Vorschläge gemacht, sind auf die Arbeitgeber zugegangen und haben eine zeitnahe vierte Verhandlungsrunde angeboten, damit wir uns zügig am Verhandlungstisch einigen können. Es braucht gerade in diesen schwierigen Zeiten einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.

Entsprechend der Regierungspläne zu Haushaltskürzungen und Sparvorgaben sind die Arbeitgeber bei ihrer Ablehnung geblieben, haben schließlich das Scheitern erklärt und die Schlichtung angerufen. Sie haben klare Haltelinien, die nicht einfach zu verrücken sind.

Wie geht es nun weiter?

Mit der Anrufung der Schlichtung wird eine Schlichtungskommission eingesetzt, die jeweils aus zwölf Vertreter*innen der Gewerkschaften und Arbeitgeber besteht. Beide Seiten benennen eine*n unparteiische*n Schlichter*in. Die Schlichtungsvereinbarung sieht vor, dass der Vorsitz, der auch stimmberechtigt ist, abwechselnd übernommen wird. In dieser Tarifrunde ist die Arbeitgeberseite dran. Die Schlichtungskommission entwickelt eine Einigungsempfehlung, über die wir im Anschluss mit den Arbeitgebern erneut verhandeln müssen. Während der Schlichtung gilt Friedenspflicht, es darf also nicht gestreikt werden. Die Friedenspflicht beginnt bereits am 20. März 2025. Die Zeit bis dahin müssen wir nutzen, um den Druck zu erhöhen. Diskutiert über den Verhandlungsstand und teilt uns mit, welche zentralen Forderungen für Euch wichtig sind.



„Wir bedauern das Scheitern der Verhandlungen, wäre doch auch eine Lösung am Verhandlungstisch möglich gewesen,“ so der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum.

„Für das Scheitern der Verhandlungen tragen die Arbeitgeber die Verantwortung. Das Angebot der Arbeitgeber ist inakzeptabel und trägt der Situation der Beschäftigten keine Rechnung. Unsere Mitglieder fordern zu Recht mehr Geld, mehr Freizeit und vor allem Anerkennung.“



Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

WAS HAT DIE DRITTE VERHANDLUNGSRUNDE VOM 14. BIS 17. MÄRZ 2025 GEBRACHT?

Unsere Forderungen:	Was haben die Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde gesagt?	Aussagen der Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde:	Angebot bzw. Ideen der Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde:
Acht Prozent im Volumen.	Wir sollten akzeptieren, dass die schwierige Haushaltslage ein enges Korsett für den Abschluss bildet.	Allenfalls kann es eine minimale Entgelterhöhung geben. Einige Arbeitgeberverbände wollen eine absolute Nullrunde.	2 Prozent ab 01.10.2025, 2 Prozent ab 01.07.2026, 1,5 Prozent ab 01.07.2027.
Mindestens 350 Euro.	Wir sollten erst einmal vorrechnen, wo sich im unteren Einkommensbereich eine Reallohnlücke auftut.	Kommt nicht infrage.	Als Gedankenspiel 300 Euro tarifliches Zusatzgeld jährlich ab Juni 2025.
Zulagen und Zuschläge für Arbeit zu ungünstigen Zeiten (als Teil des Volumens).	Kein Angebot.	Hier können sie sich in Teilen Entgegenkommen vorstellen, darf aber nicht zu teuer werden.	Schichtzulage von 40 auf 80 Euro, Wechselschichtzulage von 105 auf 200 Euro bzw. in Krankenhäusern von 155 auf 250 Euro, keine Dynamisierung unklar, ab wann.
200 Euro mehr für Auszubildende, Studierende und Praktikant*innen.	Kein Angebot.	Kein Angebot.	kein Angebot, Überlegung: 50 Euro ab 01.04.2025, 50 Euro ab 01.07.2026.
Laufzeit: zwölf Monate.	Wichtig sei Planungssicherheit, daher lange Laufzeit, länger als die 24 Monate aus der Tarifrunde 2023.	36 Monate.	36 Monate, eventuell etwas kürzer.
Unbefristete Übernahme von Auszubildenden und Studierenden in Vollzeit.	Wir sollten erst einmal zeigen, ob es überhaupt Probleme bei der Übernahme gibt.	Wer gut ist, werde auch übernommen – kein Handlungsbedarf.	Übernahme bei einer Note von mindestens Gut, vielleicht auch bis Befriedigend, wenn auch Bedarf besteht.
Drei zusätzliche freie Tage.	Damit würden wir für noch mehr Arbeitsverdichtung sorgen.	Alles, was mit Verkürzung von Arbeitszeit zu tun hat, wird rigoros abgelehnt.	Kein Angebot, Überlegung: ein freier Tag für alle.
Ein zusätzlicher freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder.	Stirnrunzeln.	Abgelehnt.	Abgelehnt.
„Meine-Zeit-Konto“.	Gefällt ihnen gar nicht, dass Beschäftigte mehr Selbstbestimmung über ihre Arbeitszeit haben sollen.	Mehr Selbstbestimmung für Beschäftigte wollen sie nicht, die Möglichkeit von Arbeitszeitverkürzung erst recht nicht.	Kein Angebot, Überlegung: Jahressonderzahlung für alle auf 90 Prozent (Bund) bzw. 85 Prozent (VKA), Teile können gegen 5 oder vielleicht auch nur 1, 2 oder 3 freie Tage eingetauscht werden.
Überstundenzuschläge auch bei Teilzeit.	Kein Angebot.	Keine Notwendigkeit.	Abgelehnt – wir sollen sie doch verklagen.
Neue Altersteilzeitregelung.	Geht gar nicht – das würden ohnehin vor allem Fachkräfte nutzen und die würden dringend gebraucht.	Thema habe sich erledigt.	Kommt nicht infrage.

Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

Außerdem wollen wir:

Unsere Forderungen:	Was haben die Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde gesagt?	Aussagen der Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde:	Angebot bzw. Ideen der Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde:
Angleichung der Arbeitsbedingungen Ost an West (Kündigungsschutz!).	Wir sollten erst einmal zeigen, ob irgendwo jemand von Kündigung bedroht ist.	Keine Ausweitung auf den Osten.	Bund wäre einverstanden, Kommunen im Osten sind dagegen, auch nach Jahrzehnten Einheit keine Angleichung!
Recht auf Vollzeit.	Wir sollten erst einmal zeigen, wo Beschäftigte nicht von Teilzeit in Vollzeit wechseln können.	Kein Angebot, sei organisatorisch schwierig.	Kein Angebot.
Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf Beamt*innen.	Kein Angebot.	Das sei doch immer so gemacht worden.	Keine Zusage.

Eindrücke vom Warnstreik am 14. März 2025 in Potsdam zu Beginn der dritten Verhandlungsrunde



IG Bauen-Agrar-Umwelt – die Forstgewerkschaft Eine starke Gemeinschaft für die Beschäftigten und Beamtinnen/Beamten in Forst und Naturschutz.



So einfach werde ich IG BAU-Mitglied
<https://igbau.de/Mitglied-werden.html>

Herausgeber:
 IG Bauen-Agrar-Umwelt
 Bundesvorstand
 Vorstandsbereich
 Stellvertretender Bundesvorsitzender
 Finanzen – Bildung – Forst und Agrar
 Olof-Palme-Straße 19
 60439 Frankfurt am Main
 März 2025
 Fotos: Tobias Seifert, Anna Werner, IG BAU